



Kommunalwahl-Programm

Piratenpartei Krefeld

2014 Krefeld

Herausgegeben von der
Piratenpartei Krefeld

Oppumer Straße 8
47799 Krefeld

V.i.S.d.P.: Michaela Sorger

www.seidenstadt-piraten.de

Lizenziert unter Creative Commons BY-SA 3.0

Inhalt

Einleitung	7
Präambel	8
Demokratie und Bürgerbeteiligung	10
Ausschuss für Bürgerbeteiligung	10
Politische Teilhabe	10
Frühe Bürgerbeteiligung	11
Du entscheidest – Bürgerbegehren erleichtern.....	11
Bürgerhaushalte einführen	12
Kommunales Wahlrecht für Bürger aus nicht EU-Staaten	12
Transparenz	13
Transparenz ist die Basis für Mitbestimmung.....	13
Offene Verwaltung	13
Öffentlich-Private Partnerschaften ablehnen.....	14
Transparenz des Kommunalparlaments	14
Veröffentlichung von Antragsvorlagen	14
Übertragung und Aufzeichnung	14
Nichtöffentliche Sitzungen minimieren.....	15
Kommunale Politik muss erklärt werden	15
Bauen und Verkehr	16
Präambel	16
Fahrscheinloser öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	16
Infrastruktur im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)	17
Sicherheit statt Überwachung im öffentlichen Nahverkehr.....	17
Bauen und Wohnen.....	18

Verwaltung.....	19
Zugang zu Rathäusern und Bürgerbüros	19
Dokumente der Kommunen	19
Einsatz von freier Software und offenen Datenformaten.....	19
Meldedaten nur nach Zustimmung herausgeben	20
Ausschreibungen	20
Stärkung der örtlichen Verwaltung	20
Kostenfreier und vereinfachter Kirchenaustritt.....	21
Inneres.....	22
Kameraüberwachung minimieren	22
Kommunikation der Notfallpläne	22
Sicherheit und Ordnung	22
Dezentrales Asyl.....	23
Umwelt.....	24
Freie Bepflanzung kommunaler Grünanlagen.....	24
Natur- und Landschaftspflege	25
Fluglärm / Schadstoffbelastung.....	26
Umweltverträgliche Streumittel	26
Müllgebühren individuell anhand der erzeugten Müllmengen berechnen.....	27
Energie	28
Energieerzeugung und -verteilung.....	28
Energieversorgung in Bürgerhand	28
Stromtrassen	29
Biogas	29
Geothermie.....	29
Fracking	29

Erneuerbare Energien in öffentlichen Gebäuden.....	30
Solarenergie	30
Windenergie	30
Kommunales Energiemanagement.....	31
Straßenbeleuchtung auf LED Technik umstellen	32
Soziales	33
Kostenfreier Kindergarten- und Kinderkrippenbesuch.....	33
Offene Kinder- und Jugendarbeit	33
Jugendschutz für neue Medien.....	33
Förderung autonomer Jugendzentren	34
Beschwerdestelle für sexuelle Belästigung	34
Selbsthilfegruppen fördern	34
Mehr Raum für Kultur.....	34
Seniorenpolitik	35
Entwicklung des ländlichen Raumes im Bereich der Altenpflege/betreutes Wohnen	35
Barrierefreiheit	35
Demenzfreundliche Kommune.....	36
Haushalt	37
Präambel	37
Sinnvolle Subventionen.....	39
Sozial vor Prestige.....	39
Reform der Kulturförderung	39
Verbesserung der Gewerbesteuerereinnahmen	39

Einleitung

Dieses Programm stellt unsere Verbesserungsvorschläge und Forderungen für Krefeld dar, mit der wir bei Bürgerinnen und Bürgern um ihre Unterstützung werben wollen. Gemeinsam wollen wir uns und unser Programm weiterentwickeln und rufen daher zur aktiven Beteiligung im politischen Geschehen auf.

Als soziale und freiheitliche Partei der Informations- und Wissensgesellschaft haben wir, die Piraten in Krefeld, den Anspruch auch auf kommunaler Ebene für mehr Demokratie und Transparenz, einen besseren Datenschutz, eine bessere Bildungs-, Kultur- und Umweltpolitik, eine moderne Verkehrspolitik und für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen.

Mit piratigen Grüßen

Christof Grigutsch

1. Vorsitzender Piratenpartei Krefeld

Präambel

Liebe Krefelder, als soziale und freiheitliche Partei der Informations- und Wissensgesellschaft haben wir Krefelder Piraten den Anspruch uns auch auf kommunaler Ebene für mehr Demokratie und Transparenz einzusetzen. Das vorliegende Programm stellt daher unsere Verbesserungsvorschläge und Forderungen für Krefeld dar, mit denen wir bei Bürgerinnen und Bürgern um ihre Unterstützung werben wollen.

Gemeinsam mit der gesamten Stadtgesellschaft wollen wir uns und unser Programm weiterentwickeln und rufen daher zur aktiven Beteiligung im politischen Geschehen auf. Damit Krefeld lebenswerter und attraktiver für die Bürger wird, wollen wir eigene, frische Ideen einbringen. Dabei sind eine nachhaltige Entwicklung und soziale Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen wichtige Grundsätze für uns. Im Gegensatz zu den Mehrheitsfraktionen im Rathaus wollen wir Zukunftsprojekte und Großinvestitionen in der Stadt gemeinsam mit den Bürgern erarbeiten und abstimmen. Demokratie und Transparenz sind für uns Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung der Stadt und der Gesellschaft.

Aktuell sehen wir, dass die Stadt viele Projekte am erklärten Willen der Menschen vorbei entwickelt. Die Interessen vieler Krefelder Bürger liegen anders, werden aber im Rathaus nicht gehört. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger daher besser informieren und einbinden in die Belange und Entscheidungen ihrer Stadt. Politik ist ein Dienst für den Bürger, und zwar für jeden Bürger. Das Motto der Piratenpartei gilt dabei im Landtag genauso wie im Stadtrat von Krefeld, und im weltweiten Internet genauso wie in unseren Bezirksvertretungen.

Demokratie und Bürgerbeteiligung

Ausschuss für Bürgerbeteiligung

Wir setzen uns dafür ein, dass im Rat der Stadt Krefeld ein dauerhafter Ausschuss für Bürgerbeteiligung eingerichtet wird, der Strategien für mehr Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in Krefeld ausarbeiten und fördern soll.

Politische Teilhabe

Die Menschen müssen die Möglichkeit bekommen, sich an den Sitzungen Ihres Stadtrates, in den Ausschüssen und Arbeitskreisen aktiv zu beteiligen z.B. durch Fragestunden zu Beginn. Die betreffenden Geschäftsordnungen müssen entsprechend angepasst werden.

Als moderne Mitwirkungsmöglichkeit sollten die Einwohner über das Internet die Gelegenheit bekommen, sich über kommunale Angelegenheiten einfach zu informieren und sich durch Fragen und Anmerkungen einbringen zu können.

Frühe Bürgerbeteiligung

Die Einwohner müssen früher als bisher in die Planung von Projekten eingebunden werden. Besonders bei öffentlichen Bauvorhaben wird die breite Öffentlichkeit oft erst in den wenigen Wochen der Einspruchsfrist im Planfeststellungsverfahren mehr oder weniger umfassend informiert.

Wir fordern seitens der Verwaltung die aktive Bürgereinbindung bereits vor dem Beginn der Planungen, damit Vorschläge aus der Bürgerschaft noch berücksichtigt werden können.

Du entscheidest – Bürgerbegehren erleichtern

Selbst bei umstrittenen Projekten wird die Möglichkeit von Bürgerbegehren und -entscheiden nur selten genutzt.

Die Piratenpartei Krefeld setzt sich bei der Piratenfraktion im Landtag dafür ein, die Hürden für Bürgerentscheide zu senken.

Wir fordern, dass die Zulässigkeitsprüfung für das Bürgerbegehren durch den Rat vor dem Sammeln der Unterschriften erfolgt.

Auch die Räte selbst sollen bei wesentlichen Projekten zum Mittel des Bürgerentscheides greifen. Nach Offenlegung aller vorhandenen Informationen sollen die Bürger damit aktiv und verbindlich mitbestimmen.

Bürgerhaushalte einführen

Die Piratenpartei Krefeld setzt sich für mehr Mitspracherechte bei der Gestaltung der Haushalte ein. Seitens der Kommune ist daher ein Bürgerhaushalt einzuführen.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle finanziellen und rechtlichen Verflechtungen der Kommune in verständlicher Form veröffentlicht werden.

Eine Recherchemöglichkeit wollen wir über die Website der Stadt Krefeld anbieten, ohne dass es einer Registrierung bedarf oder der Zugang hierzu in sonstiger Weise Beschränkungen unterliegt. Wenn Zahlungsvorgänge nicht veröffentlicht werden dürfen (z. B. Steuergeheimnis) oder anonymisiert werden müssen, wollen wir zumindest die Höhe der Beträge öffentlich bekannt geben. Die hierfür notwendigen Daten aus dem NKF (Neues Kommunales Finanzmanagement) sind von der Verwaltung in einer maschinenlesbaren und barrierefreien Form zur Verfügung zu stellen.

Kommunales Wahlrecht für Bürger aus nicht EU-Staaten

Die Piratenpartei Krefeld engagiert sich für ein kommunales Wahlrecht, für alle ausländischen Staatsbürger, die das erforderliche Wahlalter erreicht haben und die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Wir streben an, dass sich das Bundesland NRW im Bundesrat um eine dahingehende Änderung des Grundgesetzes bemüht.

Transparenz

Transparenz ist die Basis für Mitbestimmung

Wir streben die zeitnahe, vollständige und für alle Bürger leicht zugängliche Veröffentlichung von Informationen an, die zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung benötigt werden. Mit den Informationen über anstehende Entscheidungen müssen sich die Bürger ein eigenes Bild über die jeweilige Sachlage machen können. Der Datenschutz betroffener Dritter ist hierbei zwingend zu beachten.

Zudem müssen die Wege der Entscheidungsfindung klar kommuniziert werden. Der Status von Anfragen und Anträgen soll jederzeit ersichtlich sein.

Wir setzen uns für die Abschaffung der nicht öffentlichen Rats- und Ausschusssitzungen ein, sofern in diesen keine personenbezogenen Daten behandelt werden.

Offene Verwaltung

Die Piratenpartei Krefeld fordert, dass alle Einwohner das Recht auf Einsicht in die Verwaltungsvorgänge und Entscheidungen des Rates erhalten. Diese dürfen auch nicht hinter vorgeblichen Geschäftsgeheimnissen verborgen werden - was Rat und Verwaltung tun, geht alle Bürger an. Wir fordern den barrierefreien Zugang, auch in maschinenlesbarer Form. Die Kommunen sollen selbst aktiv eine Kultur der offenen Verwaltung vorleben.

Öffentlich-Private Partnerschaften ablehnen

Wir sind gegen Öffentlich-Private Partnerschaften, da die Vereinbarungen in der Regel nicht nachvollziehbar oder sogar geheim sind. Daher stehen die Interessen der Einwohner nicht im Mittelpunkt. Diese Partnerschaften haben sich zu oft als ein Verlustgeschäft für die Bürger herausgestellt.

Transparenz des Kommunalparlaments

Die Sitzungen der kommunalen Volksvertretung können nur von wenigen Bürgern verfolgt werden. Wir setzen uns daher dafür ein, für den Stadtrat und dessen Ausschüsse folgende Regelungen einzuführen.

Veröffentlichung von Antragsvorlagen

Bereits vor der Sitzung sollen nicht nur Ort, Termin und Tagesordnung, sondern auch die öffentlichen Antragsvorlagen maschinenlesbar und barrierefrei veröffentlicht werden.

Übertragung und Aufzeichnung

Die Sitzungen finden oft zu Zeiten statt, an denen viele Menschen ihnen nicht persönlich beiwohnen können. Darüber hinaus ist der Zugang nicht immer behindertengerecht gelöst. Daher sollen Sitzungen des Stadtrats über das Internet übertragen und aufgezeichnet werden.

Die Protokolle und Tischvorlagen sind zusammen mit den Aufzeichnungen zeitnah nach oder bereits während der Sitzung zu veröffentlichen.

Der Datenschutz von Besuchern der Sitzung kann durch einfache Maßnahmen gewahrt werden.

Nichtöffentliche Sitzungen minimieren

Wir sehen die Notwendigkeit, auch nichtöffentliche Sitzungen abzuhalten. Allerdings ist der Ausschluss der Öffentlichkeit jeweils nachvollziehbar zu begründen und auf das notwendige Maß zu reduzieren.

Wir fordern die Prüfung, ob eine nachträgliche Offenlegung der Ratssitzungen möglich ist.

Kommunale Politik muss erklärt werden

Um Bürgern den Zugang zur Kommunalpolitik zu erleichtern, sollen die Ausschüsse und die Funktion des Stadtrates näher erklärt werden.

Die Arbeitsabläufe der kommunalen Gremien sollen zu verständlichen Anleitungen zusammengefasst werden und maschinenlesbar und barrierefrei zur Verfügung gestellt werden.

Bauen und Verkehr

Präambel

Zukunftsfähige und gerechte Verkehrspolitik

Verkehrspolitik muss sich nachhaltig ändern, um den Anforderungen der Zukunft gewappnet zu sein. Innenstädte und deren Einwohner werden zunehmend durch den Verkehr belastet. Neben den Beeinträchtigungen durch Feinstaub und Verkehrslärm stellt der Autoverkehr für die gesamte Umwelt eine enorme Belastung dar. Gleichzeitig wird der Betrieb eines eigenen Fahrzeugs immer teurer. Die Piratenpartei Krefeld fordert daher die Entwicklung einer nachhaltigen und gerechten Verkehrspolitik.

Fahrscheinloser öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Mobilität ist Grundlage für die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben. Bereits jetzt wird der ÖPNV stark bezuschusst. Zudem werden inzwischen die Verkehrsbetriebe von der Erneuerbare-Energien-Umlage (EEG) befreit, womit die Allgemeinheit sich auch direkt an den Betriebskosten beteiligt. Die Förderung des ÖPNV ist umweltschonend und eine klare Stärkung der Infrastruktur.

Wir setzen uns daher für einen umlagefinanzierten, fahrscheinlosen ÖPNV ein und fordern die Finanzierbarkeit zu prüfen.

Infrastruktur im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Wir fordern einen konsequenten Ausbau des ÖPNV. Dieser soll sicherstellen, dass möglichst viele Einwohner ohne große Aufwände und Fahrzeiten zu ihren Zielen gelangen.

Die Fahrpläne und Nutzungen von ÖPNV-Sonderformen sind flexibler auf die Bedürfnisse der Einwohner auszurichten. Wo und wann Fahrgelegenheiten benötigt werden, soll durch anonyme Bürgerumfragen ermittelt werden. Ein barrierefreier Zugang zu den Haltestellen ist zu gewährleisten.

Sicherheit statt Überwachung im öffentlichen Nahverkehr

Wir fordern das Ende der Videoüberwachung im öffentlichen Nahverkehr. Die Verkehrsbetriebe versuchen, das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste durch den Einsatz von Überwachungskameras zu steigern. In einer Gefahrensituation können Kameras jedoch nicht eingreifen und Straftaten verhindern.

Stattdessen wird durch Videoüberwachung tief in die Grundrechte der Bürger eingegriffen und es wird es immer leichter, Bewegungsprofile zu erstellen. In weitläufigen Bahnhöfen, wo eine Videoüberwachung für den Brand-/ und Katastrophenschutz unabdingbar ist, sollen jedoch Ausnahmen gelten.

Bauen und Wohnen

Die Piratenpartei Krefeld ist für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, hierzu können folgende Instrumente eingesetzt werden:

- 20% neuer Wohnraum als sozialer Wohnraum planen
- Ghettoisierung entgegenwirken
- Bezahlbarer Wohnraum
- Umwandlung von lange leer stehenden Gebäuden in sozialen Wohnraum

Verwaltung

Zugang zu Rathäusern und Bürgerbüros

Die Öffnungszeiten der Rathäusern und Bürgerbüros sollen besser an die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger angepasst werden.

Dokumente der Kommunen

Formulare für Anträge müssen auch außerhalb der Öffnungszeiten, maschinenlesbar und barrierefrei verfügbar sein, damit sie auch postalisch oder online eingereicht werden können. Verordnungen der Gemeinden sollten ebenfalls auf diesem Weg zur Verfügung gestellt werden.

Einsatz von freier Software und offenen Datenformaten

Wir fordern die konsequente Nutzung von freier Software in der Verwaltung.

Unter freier Software sind Programme zu verstehen, die kostenlos weitergegeben und auf beliebige Art genutzt und verändert werden dürfen. Die Nutzung solcher Programme reduziert die Anschaffungs- und Betriebskosten.

Meldedaten nur nach Zustimmung herausgeben

Einwohnermeldeämter können Daten an verschiedenste Einrichtungen gegen Geld weitergeben. Wir fordern, dass die Kommune dies freiwillig unterlässt.

Bis zu einer Änderung des Meldegesetzes sollte die Kommune die Einwohner aktiv auf die Möglichkeit des Widerspruchs hinweisen.

Wir als Piratenpartei Krefeld werden auf die Möglichkeit der Datenabfrage bei den Meldeämtern verzichten.

Ausschreibungen

Die Piratenpartei Krefeld fordert, dass alle Ausschreibungen transparent und nachvollziehbar erfolgen sollen.

Bei der Auswahl ist nicht der billigste Anbieter ausschlaggebend, sondern der mit dem qualitativ besseren Angebot.

Stärkung der örtlichen Verwaltung

Wir Krefelder Piraten setzen uns dafür ein dass die Ortsteilverwaltungen/Bürgerbüros beibehalten werden.

Eine Schließung wäre ein hoher Qualitätsverlust für die Menschen vor Ort. Gerade ältere, gebrechliche oder sozial schwache Menschen sind aufgrund eingeschränkter Mobilität auf eine Verwaltung vor Ort angewiesen.

Sollte es aus Kostengründen nicht möglich sein die Ortsteilverwaltungen/Bürgerbüros zu erhalten, sollen alternativ "rollende Verwaltungsbüros" eingerichtet werden.

Kostenfreier und vereinfachter Kirchenaustritt

Die Piratenpartei Krefeld fordert, dass ein Kirchenaustritt unbürokratisch und kostenlos erfolgen muss. Insbesondere darf das Krefelder Amtsgericht keine Gebühren für einen Kirchenaustritt verlangen.

Den Nachweis, dass der Einwohner Mitglied in einer Kirche ist, muss von der Kirche belegt werden, im Zweifel ist der Einwohner kein Mitglied der Kirche.

Inneres

Kameraüberwachung minimieren

Die Piratenpartei Krefeld fordert dass Kameraüberwachung nur in dringenden Fällen und zeitbegrenzt eingesetzt werden darf. Dies ist dann der Fall wenn im Überwachungsbereich bereits mehrfach schwerwiegende Straftaten verzeichnet wurden. Dabei darf dann auch nur ein enger Bereich überwacht werden. Diese Aufnahmen dürfen nur mit richterlichem Beschluss ausgewertet werden. Andernfalls müssen diese Daten nach spätestens 72 Stunden gelöscht werden.

Kommunikation der Notfallpläne

Die Piratenpartei Krefeld fordert, dass alle Notfallpläne und Katastrophenschutzpläne barrierefrei und maschinenlesbar der Öffentlichkeit regelmäßig zur Verfügung gestellt werden. Bei der Neuplanung und Überarbeitung der Pläne sollten die Einwohner mit einbezogen werden.

Sicherheit und Ordnung

Die Piratenpartei Krefeld fordert dass die streifendienstlichen Tätigkeiten der Polizei auch weiterhin durch diese erfolgen. Den Einsatz von privaten Hilfskräften lehnen wir ab.

Maßnahmen des Ordnungsamtes sollen nicht durch private Unternehmen durchgeführt werden.

Öffentliche Räume die privaten Unternehmen (z.B. Deutsche Bahn AG) gehören, können auch weiterhin von privaten Sicherheitsunternehmen geschützt werden.

Dezentrales Asyl

Die Piratenpartei Krefeld fordert die Abschaffung der Asylbewerberheime und strebt die dezentrale Unterbringung aller Flüchtlinge und geduldeten Migranten an. Anstelle von gemeinschaftlichen Heimen soll die Unterbringung in einer eigenen Wohnung der zukünftige Unterkunftsstandard sein.

Umwelt

Freie Bepflanzung kommunaler Grünanlagen

Kommunale Grünanlagen, die durch Städte und Gemeinden unterhalten werden, verwildern auf Grund der klammen finanziellen Lage. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Grünanlagen nach dem Prinzip des urbanen Gartenbaus bepflanzt werden. Dort werden lokale Gemüse-, Obst-, Kräuter- und Wildpflanzen auf den Flächen angebaut und der Bevölkerung zur Ernte freigegeben. Dadurch, dass diese Pflanzen nur einmal pro Jahr gepflanzt werden müssen, fällt eine mehrmalige Neubepflanzung weg und es werden Kosten gespart. Die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger wird sich dadurch ins Positive verändern und es wird gleichzeitig ein nachhaltiger Gartenbau betrieben. Die Stadt Andernach am Rhein führt dieses Prinzip bereits seit 3 Jahren durch und kann positive Erfolge vermelden.

Natur- und Landschaftspflege

Wir fordern die Ausweitung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten, sowie den Einsatz von Schutzgebietsverantwortlichen. Die Planung für Wohnbesiedlung, Straßenbau und Industriegebiete hat so zu erfolgen, dass vorhandene schutzbedürftige Flächen nicht zerschnitten werden und deren natürliche Einheit erhalten bleibt.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Wohlstand unserer Kommune nicht nur finanziell definiert wird. Die Grundlagen für ökonomisches und ökologisches Handeln müssen beachtet werden um langfristig Wohlstand zu schaffen. Wir setzen uns dafür ein, Unternehmen zu bevorzugen, die strenge Kriterien der Nachhaltigkeit beachten.

Die Piratenpartei Krefeld fordert die Umweltauflagen für die Unternehmen regelmäßiger und konsequenter zu kontrollieren. Die Ergebnisse der Kontrollen müssen barrierefrei und maschinenlesbar veröffentlicht werden.

Fluglärm / Schadstoffbelastung

Wir setzen uns dafür ein, die Lärm- und Schadstoffbelastung durch folgende Maßnahmen zu minimieren:

- Nachtflugverbote müssen eingehalten werden.
- Bessere Kontrolle, ob Passagierflüge als Frachtflüge deklariert werden.
- Einhaltung der Flugrouten gewährleisten. Bürgerbefragung bei der Änderung von Flugrouten durchführen.
- Eine Erhöhung der Start- und Landegebühen für Nachtflüge zwischen 22 Uhr und 6 Uhr, sollen diese unrentabel machen.
- Flugzeug-Parkgebühren dementsprechend senken.
- Zeitweiser Entzug von Start- und Landerechten bei wiederholten Verstößen.
- Erhebung von Gebühren für Flugzeuglärm, auf Basis von Lärmklassen
- Der Flughafenbetreiber trägt die Kosten für die Umsetzung von notwendigen Schallschutzmaßnahmen

Umweltverträgliche Streumittel

Die Piratenpartei Krefeld fordert den weitgehenden Einsatz von umweltfreundlichen Streumitteln, insbesondere im privaten Umfeld.

Müllgebühren individuell anhand der erzeugten Müllmengen berechnen

In vielen Städten wird der Müll bei der Entleerung der Tonne gewogen (Müllverwiegung). Dadurch trennen viele Haushalte Wertstoffe und Müll noch sorgfältiger. Die bis dahin überdurchschnittlich hohen Müllmengen sind deshalb vielerorts zurückgegangen. Zahlreiche Haushalte konnten kleinere Tonnen bestellen oder die Häufigkeit der Leerungen reduzieren und zum Beispiel von einer wöchentlichen auf eine zweiwöchentliche Entleerung umstellen.

Energie

Energieerzeugung und -verteilung

Den Einsatz von Atom- und Fusionskraftwerken lehnen wir ab.

Wir fordern den umgehenden Umstieg auf erneuerbare Energiequellen und die Abkehr von fossilen Energiequellen.

Die Energiegewinnung der Zukunft liegt in der Dezentralisierung. Hierfür müssen die Bürger eingebunden und die langfristigen finanziellen Anreize weiter hochgehalten werden.

Wir sind für den Ausbau von dezentralen Versorgungsstrukturen, zusammen mit einer verbesserten Verbindung der Leitungsnetze, auch im grenznahen Bereich.

In diesem Zusammenhang sind wir auch für die Einrichtung entsprechender Speichertechnologien.

Energieversorgung in Bürgerhand

Die Piratenpartei Krefeld fordert, verstärkt kommunale Bürgerenergieanlagen (Stichwort: dezentrale Energieversorgung) zu fördern bzw. deren Einrichtung zu unterstützen.

Die Bürger sollen hierbei durch entsprechende Finanzierungs- und Mitsprachemodelle eingebunden werden.

Stromtrassen

Die Piratenpartei Krefeld fordert, neue Stromtrassen in der Nähe von bebauten Gebieten ausschließlich als Erdkabel zu genehmigen.

Biogas

Biogasanlagen nutzen nachwachsendes organisches Material zur Produktion von Gas, welches zur Energiegewinnung verbrannt werden kann. Für uns Krefelder Piraten ist dabei wichtig, dass die Energieproduktion niemals in Konkurrenz zur Nahrungsmittelversorgung stehen darf. Die Nutzung und Umdeklarierung von Lebensmitteln zur Biogasgewinnung lehnen wir ab.

Geothermie

Die Piratenpartei Krefeld unterstützt Geothermie als Teil eines umweltfreundlichen Energiemixes.

Vor dem jeweiligen Einsatz von geothermischen Anlagen sind weitere entsprechende geologische Voruntersuchungen anzustellen und zu finanzieren.

Fracking

Die Piratenpartei Krefeld lehnt jegliche Form des Fracking zur Gewinnung von fossilen Energieträgern ab.

Erneuerbare Energien in öffentlichen Gebäuden

Wir setzen uns dafür ein, dass in öffentlichen Gebäuden bevorzugt nur noch Energie bezogen werden soll, die aus regenerativen Quellen stammt. Die Stadt Krefeld sollte ein Vorreiter sein was Energie aus erneuerbaren Energien angeht.

Solarenergie

Die Solarenergie spielt für uns eine besondere Rolle. Wir fordern, die Dachflächen öffentlicher Gebäude nach einer Wirtschaftlichkeitsprüfung konsequent für die Energiegewinnung zu nutzen oder, gegen geringe Pacht, diese Flächen für Bürgerenergieanlagen zur Verfügung zu stellen.

Windenergie

Die Windenergie ist eine der Schlüsseltechnologien zur Umstellung der Energieproduktion. Wir befürworten den Ausbau, stellen ihn jedoch auch unter klare Bedingungen.

Aus Lärmschutzgründen müssen Mindestabstände zu Siedlungsgebieten streng eingehalten werden.

Kommunales Energiemanagement

a) Immobilien

Die Piratenpartei Krefeld fordert, dass die Immobilien der Kommune energieoptimiert und ökologisch betrieben werden.

Mögliche Maßnahmen sind hier die Prüfung und Verbesserung der Gebäudeisolierung, sowie die Umstellung von alten Heizsystemen auf regenerative Energieträger wie z.B. Holzpellets.

Auch der Austausch von Klima- und Beleuchtungsanlagen und anderer Geräten ist eine gute Möglichkeit der Energie- und Kostenersparnis.

Neubauten sollen mindestens Passivhaus-Standards entsprechen.

b) Kommunalen Fuhrpark

Die Piratenpartei Krefeld fordert, den kommunalen Fuhrpark zeitnah auf umweltfreundliche Antriebsarten umzustellen.

c) Energiesparende Straßenbeleuchtung

Die Beleuchtungssysteme der Kommunen sind durch modernere und energiesparendere Leuchtmittel (z.B. LED) zu ersetzen.

Spätestens im Rahmen von ohnehin erforderlichen Reparaturen oder Sanierungsmaßnahmen sollten die Systeme erneuert werden.

Straßenbeleuchtung auf LED Technik umstellen

Die Haushaltsposition "Straßenbeleuchtung" ist ein jährlich fortgeschriebener Posten der somit schnell in Vergessenheit gerät, wenn es um Einsparmöglichkeiten geht. Zwar hat der Rat der Stadt Krefeld im Jahr 2012 versucht durch eine nächtliche Laternenabschaltung jährlich ca. 225.000 Euro einzusparen, ist dann aber mit diesem Vorhaben kläglich gescheitert. Durch eine Umrüstung auf LED Technik, kann bei den Stromkosten erheblich Geld eingespart werden. LED-Lampen reduzieren bei gleicher Lichtleistung den Stromverbrauch drastisch. LED-Lampen sind also der perfekte Stromsparer bei einer extrem guten Lichtausbeute.

Die bisherigen Straßenlampen müssen entweder umgerüstet werden oder aber in Einzelfällen auch ausgetauscht werden. Um die Kosten für die Umrüstung für die Kommune auf einem akzeptablen Niveau zu halten, gibt es beim Bundesministerium für Umwelt (BMU) einen Fördertopf, bei dem die Kommune Geldmittel zur Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED Technik beantragen kann. Zwar sind die Anschaffungskosten zu Beginn hoch, aber das investierte Geld kann durch den geringen Verbrauch und die längere Lebensdauer, über die Jahre, wieder reingeholt werden. Die jährlichen Stromkosten für die Straßenbeleuchtung können bei Einsatz von LED Lampen im Minimum auf jährlich 100.000 Euro gesenkt werden.

Wir werden uns für eine ökonomische Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED Technik einsetzen.

Soziales

Kostenfreier Kindergarten- und Kinderkrippenbesuch

Die Piratenpartei Krefeld fordert einen kostenfreien Besuch von Kindergärten, Kinderkrippen und andere Kindertagesstätten.

Kann die Gemeinde keine entsprechenden Plätze zur Verfügung stellen, hat sie umgehend für eine ortsnahe Betreuung zu sorgen, z.B. durch Tagesmütter.

Offene Kinder- und Jugendarbeit

Die Piratenpartei Krefeld setzt sich für eine effektive und gut ausgestattete offene Kinder- und Jugendarbeit ein.

Kürzungen in diesem bereits mit zu knappen Mitteln ausgestatteten Bereich sind nicht tolerierbar.

Jugendschutz für neue Medien

Die Piratenpartei Krefeld fordert, dass die Eltern Beratungsangebote erhalten, um Ihre Kinder bei einem verantwortungsvollen Umgang mit Medien zu unterstützen. Der Jugendschutz soll nicht durch Verbote oder technische Hürden erfolgen, sondern durch das Erlangen von Kompetenz und Erfahrung.

Förderung autonomer Jugendzentren

Die Piratenpartei Krefeld fordert, dass autonome Jugendprojekte, insbesondere selbstverwaltende Jugendzentren, gefördert und bewahrt werden.

Wann immer es sich anbietet sollten leer stehende Gebäude der öffentlichen Hand diesem Zweck langfristig überführt werden.

Beschwerdestelle für sexuelle Belästigung

Die Piratenpartei Krefeld setzt sich für die Einrichtung von Beschwerdestellen, aufgrund sexueller Belästigungen ein. Diese sollen für Schulen, öffentliche Einrichtungen und Unternehmen vor Ort zuständig sein und können von jedem Menschen in Anspruch genommen werden.

Selbsthilfegruppen fördern

Die Piratenpartei Krefeld wird sich dafür einsetzen, dass Selbsthilfegruppen von sozial schwachen Gruppen und Minderheiten aktiv gefördert werden, z.B. Begegnungsstätten, Wohnheime und Gemeinschaftsküchen.

Mehr Raum für Kultur

Die finanzielle Kulturförderung soll sich weniger auf die traditionelle Hochkultur beschränken, sondern verstärkt kleineren Projekten, Festivals, Subkulturen und jungen Künstlern zukommen. Wir, die Piratenpartei in Krefeld haben einen breiteren Kulturbegriff und setzen uns dafür entsprechend ein. Wir wollen weg vom Kulturkonsum, hin zu einer mitgestalteten Kultur.

Seniorenpolitik

Wir fordern ein zukunftsfähiges Konzept, um dem demographischen Wandel gerecht zu werden.

Hierbei wollen wir die Einwohner, Vereine und Initiativen, an der Erarbeitung des Konzeptes beteiligen.

Für an Demenz und Alzheimer erkrankte Menschen sind genügend geeignete Heimplätze bereitzuhalten.

Entwicklung des ländlichen Raumes im Bereich der Altenpflege/betreutes Wohnen

Die Piratenpartei Krefeld will, dass die Menschen auch im Alter selbstbestimmt leben können. Daher setzen wir uns da dafür ein, dass auch in kleineren Ortschaften für Senioren mehr Angebote geschaffen werden. Mit Beteiligung der örtlichen Bevölkerung müssen Wege gefunden werden, auch die Pflege und betreutes Wohnen vor Ort zu verbessern. Die Piraten unterstützen daher die Gründung von so genannten Bürgergenossenschaften mit derartigen Zielen.

Barrierefreiheit

Bei allen öffentlichen Gebäuden, Plätzen und Gehwegen ist bei Sanierungen auf die Barrierefreiheit zu achten.

Auch die kommunalen Kommunikationswege wie z.B. Webseiten sind barrierefrei zu gestalten.

Demenzfreundliche Kommune

Die Piratenpartei fordert, dass Krefeld eine "Demenzfreundliche Kommune" wird. Hierzu soll der Stadtrat ein entsprechendes Projekt, zusammen mit dem Land und/oder Bund einrichten und durchführen.

Haushalt

Präambel

Die aktuelle Wirtschaftliche Entwicklung, auch die des Krefelder Haushaltes, ist durch eine wachsende Verschuldung gekennzeichnet, von der Politik wird als Allheillösung die Schuldenbremse verkauft. Die Piratenpartei Krefeld hat zu dieser eine wesentliche kritischere Stellung, welche sich aus der nachfolgenden kurzen Geschichte ergibt.

Die wahre Geschichte der Schwäbischen Hausfrau

Es war einmal eine schwäbische Hausfrau, die auf die Politik hörte und beschloss zu sparen.

Also schaute sie wo sie denn sparen könnte und fand auch etwas. Sie kaufte jeden Tag 10 Brötchen, sie überlegte kurz und entschied, ich kaufe jetzt nur noch 5 Brötchen pro Tag.

Nun war es jedoch so, dass die schwäbische Hausfrau bei diesem Bäcker als Verkäuferin arbeitete.

Der Bäcker stellte fest das er weniger verkaufte und überlegte was er denn tun könnte damit sein Geschäft weiter läuft, er kam zu dem Schluss, dass er seine Ausgaben verringern muss, also sparen sollte.

Also bat er seine Verkäuferin, die schwäbische Hausfrau, zu einem Gespräch und teilte ihr mit, dass er ihr Gehalt um 50 % kürzen muss.

Die schwäbische Hausfrau war geschockt und entschied, jetzt

muss ich noch mehr sparen, also beschloss sie gar keine Brötchen mehr zu kaufen.

Sie war voller Hoffnung und ging wieder frohen Mutes zur Arbeit.

Eine Zeitlang ging dies gut, nur der Bäcker hatte noch größere Umsatzeinbußen und überlegte hin und her, dann kam er zu einer Entscheidung.

Er bat die schwäbische Hausfrau wieder zu einem Gespräch und teilte Ihr diesmal mit: “Es tut mir Leid, keiner kauft meine Brötchen, alle sparen, ich muss Sie entlassen”.

Für die schwäbische Hausfrau brach eine Welt zusammen, sie hatte doch alles so gemacht wie die Politiker, die Regierung und die Mehrheit der Medien es ihr gesagt hatten, und nun war sie arbeitslos und am Horizont ging die Hartz IV Sonne auf und verhiß nichts Gutes, denn ihr Erspartes würde ALG II zum Opfer fallen.

Und die Moral von der Geschichte, wer in einer Volkswirtschaft zuerst spart, ist als zweiter Pleite.

Oder die böse Version: Nur weil viele, mit viel mathematischem Wissen, erzählen sie wüssten wie das geht, bedeutet das nicht, dass sie auch rechnen können.

Sinnvolle Subventionen

Die Piratenpartei Krefeld fordert, dass Subventionen sinnvoll und nicht ohne Gegenleistung vergeben werden.

Hierbei muss das Interesse der Einwohner im Vordergrund stehen und keine Einzelinteressen. Die Einwohner sind hier in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen.

Sozial vor Prestige

Wir fordern, dass die Gelder der Krefelder Einwohner, für mehr soziale Projekte und nicht für Prestigebauten, wie Königspalast oder neues Fußballstation, verwendet werden.

Die Mittelverwendung für Prestigeobjekte, ist abzulehnen, da hier nur Einzelinteressen bedient werden und nicht das Gemeinwohl der Krefelder Einwohner.

Reform der Kulturförderung

Die Krefelder Piratenpartei fordert, dass die eingesetzten Mittel für Kultur in einem sinnvollen Kosten/Nutzenverhältnis stehen müssen.

Verbesserung der Gewerbesteuerereinnahmen

Die Piratenpartei Krefeld fordert, dass die Stadt Krefeld mehrere Steuerexperten mit der Überprüfung der Gewerbesteuerabrechnungen ansässiger Firmen beauftragt.

www.seidenstadt-piraten.de